



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Ländlicher Raum
Az.: 612-60/kö
Tel.: 0391/56531-40
weiss@landkreistag-st.de

16. November 2020

Rundschreiben Nr. 810/2020

Dritter Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume

Kurzfassung:

Die Bundesregierung hat ihren Dritten Bericht zur Entwicklung ländlicher Räume vorgelegt, der eine mit zahlreichen Karten und Abbildungen unterlegte umfassende Darstellung der Situation und Entwicklung ländlicher Räume sowie der auf sie gerichteten bundespolitischen Maßnahmen geben soll.

Die Bundesregierung hat am 11. November 2020 ihren Dritten Bericht zur Entwicklung ländlicher Räume vorgelegt. Er folgt dem Zweiten Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume der 18. Legislaturperiode (BT-Drs. 18/10400 vom 17. November 2016) und gibt eine umfassende Darstellung der Situation und Entwicklung ländlicher Räume sowie der bundespolitischen Maßnahmen.

Der Bericht beginnt mit einem grundlegenden Kapitel zu ländlichen Räumen (Kapitel A.), in denen über die Hälfte der Bevölkerung lebt und knapp die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung erbracht wird. Als Wohn- und Lebensräume, Arbeits- und Innovationsräume sowie Landschafts- und Erholungsräume vereinen ländliche Räume zudem vielfältige Funktionen.

Es wird festgestellt, dass sich in der historisch gewachsenen, polyzentrischen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur Deutschlands und der Entwicklung ländlicher Räume erhebliche Disparitäten zeigen. Die gilt im Verhältnis zu den Ballungsräumen und urbanen Zentren, aber auch zwischen den unterschiedlich strukturierten ländlichen Räumen. Das könne den solidarischen Zusammenhalt der Menschen und Regionen gefährden.

Es gebe einerseits prosperierende Regionen mit guten Zukunftschancen, starken mittelständischen Industrien und wachsender Bevölkerung. Andererseits gebe es Regionen, die durch Strukturwandel und fehlende Arbeitsplätze, periphere Lage, Defizite der



Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Grundversorgung, Abwanderung und Alterung der Bevölkerung, Gebäudeleerstand sowie angespannter Kommunalfinanzen besonders gefordert sind.

Gleichzeitig wird jedoch eine Annäherung der früher deutlicher ausgeprägten Unterschiede zwischen den Lebenslagen und Lebensstilen der Bevölkerung in ländlichen Räumen und urbanen Räumen festgestellt. Wesentliche Faktoren dafür seien Mobilität, Medien und digitale Kommunikation.

Die kommunale Selbstverwaltung wird in dem Bericht als die vielfach entscheidende Ebene angesehen, durch die politische Prozesse angestoßen und Maßnahmen umgesetzt werden. Die Akteure vor Ort seien es, die sowohl auf eigene Initiativen sowie auch auf Förderprogramme zugreifen und so die Entwicklung ihres Ortes und ihrer Region vorantreiben. Eine ausreichende kommunale Finanzausstattung trage wesentlich dazu bei, dass Kommunen in ihren bürgernahen Aufgaben- und Leistungsbereichen bedarfsgerecht und eigenverantwortlich agieren können und zukunftsfest aufgestellt sind. Der Bund setze dabei die politischen Rahmenbedingungen, in denen die Länder und Kommunen die Entwicklung der ländlichen Räume gestalten können.

Der Bericht wendet sich sodann den Zielen der Bundesregierung für die ländliche Entwicklung (Kapitel B.) zu. Dies seien gleichwertige Lebensverhältnisse und ländliche Räume, die sich durch eine hohe Lebensqualität auszeichnen und dabei wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erfordernissen gleichermaßen Rechnung tragen. Es gilt, ländliche Räume weiter zu stärken und Kommunen sowie Regionen zukunftsfest zu machen.

Die Bundesregierung wolle ländliche Regionen als dynamische Lebens- und Wirtschaftsräume sowie als Erholungs- und Naturräume erhalten. Lebenswerte ländliche Regionen seien für sie untrennbar mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Regionen Deutschlands verbunden. Infrastrukturen und andere geeignete Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Angebote, öffentliche Daseinsvorsorge und das Ehrenamt seien daher auch in dünn besiedelten Räumen zu gestalten.

Deshalb wolle die Bundesregierung in den kommenden Jahren dort stärker auf eine gute Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen, mit Breitband und Mobilfunk sowie bei der Mobilität und Teilhabe hinwirken, um faire Entwicklungschancen in Stadt und Land zu gestalten. Für jeden Einzelnen solle eine echte Chance auf Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohlstand, Wohnen, Gesundheit, Natur und Kultur unabhängig vom Wohnort bestehen.

Hingewiesen wird zu Recht darauf, dass eine der traditionellen Stärken Deutschlands seine dezentrale Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur sei. Die Bundesregierung nehme die Lebenssituation der Menschen und deren spürbare Verbesserung in strukturschwachen Regionen besonders in den Blick. Die besondere Herausforderung einer aktiven Struktur- und Förderpolitik liege darin, mit integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten und -maßnahmen auch in den Dörfern und Städten auf dem Land durch gute Vernetzung tragfähige Infrastrukturen, zukunftsfähige Unternehmen und bedarfsgerechte Versorgungsangebote in attraktiven Ortskernen zu sichern.

Dieses Ziel könne nur gemeinschaftlich von Bund, Ländern und Kommunalverwaltungen, Unternehmen und ehrenamtlich Engagierten erreicht werden. Ein Schlüssel liege dabei in handlungs- und leistungsfähigen Kommunen, die die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft und viele Bereiche der Daseinsvorsorge bürgernah gestalten

können, dafür aber die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen benötigen.

Auch das vielfältige ehrenamtliche Engagement der Menschen in den Orten und Regionen soll durch praktikable rechtliche Rahmenbedingungen und bessere Informationen, Vernetzung und Unterstützungsstrukturen gestärkt werden. Gleichfalls sollen die Chancen der Digitalisierung für Unternehmen, Verwaltungen und die Bürgerinnen und Bürger in ländlichen Regionen flächendeckend nutzbar sein und ihnen in allen Lebensbereichen neue Möglichkeiten geben. Ziel der Bundesregierung sei es, wettbewerbsfähige ländliche Räume mit guten Arbeitsplätzen, einer erreichbaren Grundversorgung, bedarfsgerechten Infrastrukturen und Mobilitätsangeboten zu entwickeln, die den Herausforderungen durch den Strukturwandel, den demografischen Wandel und den Klimawandel gewachsen sind.

In dem folgenden Kapitel C. werden die Schwerpunkte und Initiativen der Bundesregierung umrissen. Neben den Politikbereichen, die übergreifende wirksame Rahmenbedingungen gestalten, wie die großen Förderpolitiken auf nationaler und EU-Ebene, die kommunale Finanzausstattung, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und die aktive Gestaltung der Digitalisierung, richte die Bundesregierung dabei ihre Maßnahmen auf eine nachhaltige Entwicklung in drei HandlungsRÄUMEN aus, die

- sich mit den Fragen des Wohnens, der Infrastruktur und der Grundversorgung beschäftigen,
- auf die regionalen Wirtschaftsstrukturen eingehen, das Fachkräfteangebot und die Innovationskraft stärken und
- auf die Natur- und Kulturlandschaften und ihre Funktion für Freizeit und Erholung eingehen.

Der Bericht listet sodann verschiedene in dieser Legislaturperiode ergriffene Maßnahmen auf. Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang auch auf das Datenangebot zur Situation der ländlichen Räume. Mit dem vom Thünen-Institut für Ländliche Räume im Auftrag der Bundesregierung erarbeiteten Landatlas (www.landatlas.de) bestehe die Möglichkeit, sich mit 81 Indikatoren ein genaueres Bild über Fragen der demografischen und sozialen Situation, die Erreichbarkeit von Nahversorgern, über Wohnungs- und Arbeitsmärkte, die Wirtschaftsentwicklung oder die Landnutzung zu verschaffen. Hierbei könne die eigene Heimatregion betrachtet werden und ermögliche auch einen bundesweiten Vergleich. Die Daten würden für ausgewählte Themenbereiche und Indikatoren so kleinräumig wie möglich aufbereitet, um differenzierte Perspektiven auf das Leben und Arbeiten in ländlichen Räumen in Deutschland zu ermöglichen.

Darüber hinaus würden eigens errechnete Erreichbarkeitsindikatoren für unterschiedliche Bereiche der Grundversorgung abgebildet. Daneben diene der ebenfalls im Auftrag der Bundesregierung erstellte Deutschlandatlas (www.deutschlandatlas.bund.de) als Orientierungsrahmen für politische Maßnahmen auf allen Ebenen sowie mit seinen 56 Karten zu den aktuellen Lebensverhältnissen auch zur Information für die interessierte Öffentlichkeit. Der Landatlas basiert auf Daten der amtlichen Statistik.

Die Bundesregierung setze zudem auf die Zusammenarbeit mit den Ländern und Bündnisse mit Partnern, um ländliche Regionen zu stärken. Neben dem Aktionsbündnis „Leben auf dem Land“ mit dem Deutschen Landkreistag (DLT), dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB), dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) gebe es Bündnisse wie „Kultur macht stark“, „Bündnis für Bildung“ oder „Bündnis für moderne Mobilität“. In diesen Bündnissen berate die Bundesregierung mit den verschiedenen Partnern übergreifende oder themenspezifische Lösungen und Ideen zu moderner Infrastruktur, Digitalisierung, Ehrenamt, Nahversorgung und gute Standortfaktoren für Unternehmen.

Den Hauptschwerpunkt des Berichts bildet jedoch das Kapitel D. „Handlungsfelder“, das die Politik der Bundesregierung zusammenfassen soll. Es unterteilt sich in die folgenden Unterkapitel

- Übergreifende Politikbereiche und Rahmenbedingungen:
Greift Stichworte wie gleichwertige Lebensverhältnisse, demografischer Wandel, Raumentwicklung (unter Betonung der Rolle der Klein- und Mittelstädte), europäischer und nationaler Förderrahmen, Kommunalfinanzen, Ehrenamt und Digitalisierung auf.
- Wohn- und Lebensräume:
Es werden nach einer Beschreibung der Situation und der Ziele der Innen- und Ortsentwicklung und der Nahversorgung die Themen Gesundheit und Pflege, Sicherheit, Kinderbetreuung und Bildung, Mobilität und Verkehrswege, Breitband- und Mobilfunkversorgung sowie Verwaltung behandelt.
- Arbeits- und Innovationsräume:
Nach einer Bestandsaufnahme und Zielbeschreibung werden die Förderung von Unternehmen, landwirtschaftlichen Betrieben und Innovation, die Fachkräftegewinnung und die Bereiche Energie und Wasser sowie Tourismus- und Gesundheitswirtschaft thematisiert.
- Landschafts- und Erholungsräume:
Ebenfalls nach einer Bestandsaufnahme und Zielbeschreibung werden die Themen Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, Flächeninanspruchnahme, Kultur- und Naturlandschaften, Klima und Freizeit und Erholung aufgearbeitet.

Der Bericht endet mit einem Ausblick (Kapitel E.). Darin wird als Aufgabe für die kommende Dekade dargelegt, dass ländliche Regionen in ihrer Entwicklung zu fördern und gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen sind. Die Stärkung der ländlichen Räume bleibe eine politische Querschnittsaufgabe, zu der die EU insbesondere über den ELER und zahlreiche Bundesressorts sowie die Länder mit Projekten und Programmen beitragen müssen.

Zentrales Förderinstrument des Bundes für die ländliche Entwicklung sei der GAK-Förderbereich „integrierte ländliche Entwicklung“. Hier seien die Fördergrundsätze zu straffen und die aktuellen Herausforderungen (Lebensqualität für alle Generationen, gute und erreichbare Versorgung, eine flächendeckende gigabitfähige digitale Infrastruktur bis 2025 sowie die Berücksichtigung der demografischen Entwicklung) umzusetzen.

Für zukunftsbeste Arbeits- und Lebensbedingungen in ländlichen Regionen will die Bundesregierung u. a. Unternehmensnachfolgen erleichtern, Gründungen von Unternehmen und Startups unterstützen und die Mobilfunkversorgung mit der 5G-Technologie im ländlichen Raum verfügbar machen.

Einzelheiten dazu sind jeweils der **Anlage** zu entnehmen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Theel', with a stylized, cursive script.

Theel

Anlage